

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG

I/PABC-GV-17/19-90

27. Feb. 1990

Betrifft
Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972,
(DPL-Novelle 1990); Motivenbericht

Hoher Landtag!

Landtag von Niederösterreich Landtagsdirektion Eing.: 28. FEB. 1990 Ltg. 1921D-111 U.-Aussch.
--

Zwischen den Gebietskörperschaften und den ~~vier Gewerkschaften~~
des öffentlichen Dienstes wurde mit Wirksamkeit vom 1. April 1990
eine Anhebung der Bezüge der öffentlich Bediensteten des Bundes
um monatlich S 350,-- vereinbart.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der
Gehälter für die Landesbeamten vorgesehen werden. Die Kosten für
die Bezugsanhebung (inklusive der Vertragsbediensteten; das LVBG
soll analog geändert werden) liegen für das Jahr 1990 bei rund
88 Millionen Schilling (Aktiv- und Pensionsaufwand).

Damit die geänderten Gehälter termingerecht ausbezahlt werden
können, wurde der Gesetzesentwurf nicht zur Begutachtung
versandt.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landes-
regierung über den Entwurf einer Änderung der Dienstpragmatik der
Landesbeamten 1972, LGBl. 2200, (DPL-Novelle 1990) der
verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechen-
den Gesetzesbeschluß fassen.

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung